

**Maren Hullen, J. W. Goethe-Universität,
Institut für Allgemeine Erziehungswissen-
schaft, Frankfurt/Main**

Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement

Im folgenden möchte ich einige Ergebnisse aus der Pilotstudie „Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement“ vorstellen. Im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) haben Herr Radtke und ich anhand von verfügbaren kommunalen Sozial- und Schulstatistiken, Schulentwicklungsplänen und in einzelnen Schulen erhobenen Daten eine Untersuchung des Bildungsgeschehens in Wiesbaden und Darmstadt in bezug auf die soziale Integration von Kindern mit Migrationshintergrund durchgeführt. Unter sozialer Integration verstehen wir die Annäherung des Bildungsverhaltens von Kindern der verschiedenen sozialen Schichten und verschiedenen national-ethnischen Herkünfte gemessen an ihren Beteiligungsquoten an den verschiedenen Bildungsgängen und den tatsächlich erreichten Abschlüssen.

Unser Interesse galt der sozialräumlichen Verteilung und Lenkung der lokalen Schülerpopulation auf die vorhandenen Grundschulen unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbeteiligungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund. Die Auswahl fiel auf Grundschulen, weil sie einen festen, gesetzlich geregelten Schulbezirk haben (vgl. HSchG § 143, Abs. 1) und der Besuch einer anderen als der örtlich zuständigen Grundschule einer Gestattung durch das Staatliche Schulamt bedarf.

Die Hypothese der Pilotstudie lautete, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der „horizontalen“, herkunftsbestimmten Verteilung der Schüler auf Grundschulen im sozialen Raum (Stadtteile) und ihrer anschließenden „vertikalen“, leistungsbezogenen Verteilung auf die Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems besteht.

Durch die Analyse der örtlichen Schulstatistiken zeigte sich, daß der Anteil von deutschen und ausländischen Schülern auf die vorhandenen Grundschulen unterschiedlich über die Stadtteile der beiden Städte verteilt ist. So sind Grundschulen mit einem hohen Ausländeranteil vielfach in unmittelbarer Nähe zu Grundschulen mit einem stadtweit extrem niedrigen Ausländeranteil. Hier galt es herauszuarbeiten, ob sich diese statistischen Auffälligkeiten als Effekte des Zusammenwirkens solcher Faktoren wie Stadtentwicklung, Schulentwicklungsplanung, Schulprofilbildung, Übergangsent-

scheidungen/-empfehlungen der Schulen und Wahlverhalten der Eltern deuten lassen. Dies mündet in der zentralen Frage, ob die sozialräumliche Verteilung der Schülerpopulation auf die Grundschulen von direkten und indirekten Lenkungs- und Wahlmechanismen beeinflusst ist.

Zwei solcher Schulkonstellationen von benachbarten Grundschulen mit hohen und niedrigen Ausländeranteilen sollen im folgenden umrissen werden, um die Bedeutung von Schulen für die soziale Integration der Schüler im Stadtteil zu verdeutlichen.

Schulkonstellation 1: Zuschnitt von Schuleinzugsbezirken im Primarbereich

Betrachtet man die Schulstatistiken in einem Stadtteil der beiden untersuchten Städte in bezug auf die Ausländerquoten der vier vor Ort ansässigen Grundschulen, fällt auf, daß drei Schulen im Vergleich zum städtischen Durchschnitt einen deutlich geringeren und eine Schule einen deutlich höheren Anteil an ausländischen Schülern aufweisen. Weiterhin zeigt sich ein ungleicher Zuschnitt der einzelnen Schulbezirke. Der Einzugsbezirk der Schule mit dem hohen Ausländeranteil wirkt wie ein aus dem Stadtteil herausgeschnittenes Kuchenstück oder - anders ausgedrückt - wie ein in ihn hineingetriebener Keil. Dieser Schulbezirk umfaßt ein in den 1960er und 1970er-Jahren entstandenes, hoch verdichtetes und vom Sozialen Wohnungsbau geprägtes Wohngebiet mit bis zu 17-geschossiger Hochhausbebauung. Für die Bewohner dieser Hochhäuser wurde 1970 eine neue, zusätzliche Grundschule gebaut. Die benachbarte Grundschule, deren Schulbezirk hingegen durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt ist, blieb von den neu angesiedelten Schülern der Hochhäuser „verschont“.

Der Zuschnitt der beiden Grundschulbezirke dient in dieser Schulkonstellation nicht der Integration der neu hinzukommenden Bevölkerung in den Stadtteil. Vielmehr bewirkt der Schulbezirkszuschnitt, zusätzlich zu dem existierenden baulichen Segregationseffekt, eine Exklusionsmöglichkeit der Hochhausbewohner aus den bestehenden Grundschulen im Stadtteil. Die Vergabep Praxis der Sozialwohnungen in der Hochhaussiedlung intensiviert diesen baulichen und schulischen Segregationseffekt, indem die Bewohnerzusammensetzung zunehmend sozial homogenisiert wurde. In den 1980er und 1990er Jahren wurden hauptsächlich Aussiedler und „einkommensschwache“ Ausländer und Deutsche in die Hochhaussiedlung zugewiesen. Dies führte schließlich in der

Stadtverwaltung zu der Wahrnehmung des Stadtteils als einem „sozial homogenen“ Bezirk bzw. einem „sozialen Brennpunkt“.

Untersucht man die örtlichen Schulstatistiken weiterhin in bezug auf die Übergangsquoten der beiden Grundschulen, zeigt sich ein über die Jahre relativ stabiles Übergangsmuster auf die im Stadtteil liegenden weiterführenden Schulen. Beide Grundschulen geben beispielsweise im Schuljahr 1997/98 rund ein Drittel ihrer Schülerschaft an Gymnasien und zwei Drittel an die Förderstufe ab, allerdings gehen von der neuen Grundschule zumeist nur deutsche Kinder an die Gymnasien über.

Welche vorläufigen Schlußfolgerungen zur sozialräumlichen Verteilung von Schülern können aus diesem Beispiel gezogen werden?

1. Bei dieser Schulkonstellation kann von einer durch Zuschneidung von Schulbezirken erzeugten Differenz der Schülerpopulation und einer „Arbeitsteilung“ der Schulen in bezug auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund gesprochen werden. Das heißt, die ethnische Konzentration ist Folge einer direkten Lenkungsmaßnahme, die die drei alteingesessenen Grundschulen entlastet bzw. die Integrationsaufgabe an eine einzelne Schule delegiert.

2. Die Grundschulen produzieren über die Jahre hinweg stabile Verteilungs- und Übergangsmuster auf weiterführende Schulen und erwirken damit keine Annäherung der Bildungsbeteiligung von deutschen und ausländischen Schülern im Sinne der sozialen Integration. Solche stabilen Muster deuten auf feste Konstellationen zwischen den Grundschulen und weiterführenden Schulen hin, in denen die Schülerströme jedes Jahr - und zwar nur lose an die Schülerleistungen gekoppelt - in den gleichen Bahnen verlaufen und gelenkt werden.

Schulkonstellation 2: Gestattungen und Schulprofilbildung

Mehrere aneinander grenzende Grundschulen, deren Ausländerquoten erhebliche Unterschiede, bisweilen den drei-, vier- oder fünffachen Wert aufweisen, lassen sich in beiden Innenstädten finden. In der hier interessierenden Schulkonstellation entstehen die Differenzen in den Ausländerquoten nicht allein durch Wohnsegregation und den Zuschnitt der Schuleinzugsbezirke wie im vorangegangenen Beispiel, sondern darüber hinaus auch durch eine Umverteilung der schulpflichtigen Kinder zwischen den Grundschulen und zwar anhand zweier Mechanismen:

1. Durch Gestattungen auf Elternseite (Eltern beantragen bei der Schulbehörde, daß ihr Kind

eine andere als die gesetzlich vorgesehene Grundschule besuchen darf)

2. durch pädagogische Profilbildungen seitens der Schule (an bestimmten Zielgruppen orientierte Programme)

Die statistische Analyse der Schulsituation in beiden Innenstädten zeigt, daß einzelne Grundschulen offenbar von bestimmten sozialen Gruppen besonders nachgefragt werden. Dies zeigt sich in der hohen Zahl an zusätzlichen Anmeldungen (positive Gestattungen), teilweise im Umfang von fast zwei Klassen, die wiederum bei benachbarten Grundschulen eine entsprechende Zahl an Abmeldungen (negative Gestattungen) provoziert und die abgebenden Schulen langfristig in ihrem Bestand gefährden. Möglich wird dieser Schüleraustausch zwischen Grundschulen, weil die städtische Schulbehörde im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt die Verbindlichkeit von Schulbezirken individuell aufheben kann (vgl. HSchG § 66). Vorstellungen und Bilder der Eltern in bezug auf die soziale und ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft, die Bildungschancen ihrer Kinder (an welcher Schule am erfolgreichsten gelernt wird) und damit in bezug auf die Attraktivität der Grundschule äußern sich somit in elterlichen Wahl- bzw. Vermeidungsstrategien bestimmter Grundschulen.

Auch der zweite Mechanismus der pädagogischen Schulprofilbildung leistet der sozialen und ethnischen Desintegration der Schüler Vorschub. Durch gezielte, auf bestimmte soziale Gruppen abgestimmte pädagogische Profilbildung wie bspw. der Eingangsstufe kann die Bezirksgebundenheit der Grundschule als Integrationselement aufgelöst und die Schule eine Angebotsschule für die gesamte Stadt werden, die sich dann ihre Schüler nach eigenen Kriterien auswählt. Weitere Beispiele für Profilbildungen sind z. B. Montessori- und Waldorf-Pädagogik, „Frühenglisch“, ein Musik- oder Sportschwerpunkt, ein Ganztagsangebot aber auch spezifische, auf ausländische Schüler zugeschnittene Angebote wie Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe, die wiederum nur ein bestimmtes Klientel ansprechen bzw. nicht ansprechen. Schüler, die keine Aufnahme in den als attraktiv geltenden und von Elternseite nachgefragten Schulen finden, werden schließlich von der Schulbehörde – nach Beratung mit den Eltern – auf die benachbarten Grundschulen mit z. T. negativen Gestattungssalden verwiesen.

Wenn man die Übergangsquoten der einzelnen Innenstadt-Grundschulen an Gymnasien betrachtet, zeigt sich, daß die Übergänge an Gymnasien der Schulen mit niedrigen Ausländeranteilen zwischen 70 und 80% variieren, die

der Schulen mit hohen Ausländeranteilen liegen durchschnittlich bei ca. 20%. Die Hypothese, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der „horizontalen“ Verteilung der Schüler auf Grundschulen und ihrer anschließenden „vertikalen“ Verteilung auf die Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems besteht, verhärtet sich anhand dieser Ergebnisse.

Interventionsmöglichkeiten

Abschließend möchte ich die aus unserer Pilotstudie resultierenden Interventionsmöglichkeiten vorstellen, die eine Verbesserung der sozialen Integration von Schülern mit Migrationshintergrund erwirken könnten. Die jahrelange Strategie des individuellen Förderns war, jedenfalls bezogen auf eine Angleichung der Bildungsbeteiligungsquoten von deutschen und ausländischen Schülern, bisher nicht erfolgreich, weil sie lediglich das einzelne Kind und seine Familie fokussiert, nicht aber berücksichtigt, daß auch die Qualität und Quantität des Schulangebots und seine räumliche Lokalisierung innerhalb einer Stadt zu andauernder Ungleichheit führt. Daher muß nach neuen, geeigneten Interventionspunkten gesucht werden, die bei der Überprüfung der Wirkungen der Organisation und Struktur des Bildungsangebotes auf die Bildungsbeteiligung ansetzen. Unser Vorschlag lautet, mit einem lokalen Bildungs- und Integrationsmanagement zu antworten, welches verschiedene Elemente der direkten Einwirkung auf das lokale Schulsystem miteinander zu verbinden hätte.

1. Verbesserung der Selbstbeobachtung der Organisation Schule durch Einrichtung eines Monitoring-Systems, durch das regelmäßig geeignete stadtteil- und schulbezogene Daten über die Bildungsbeteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt und die Wettbewerbsdynamik in einzelnen Stadtteilen sichtbar gemacht werden kann.

2. Verknüpfung der verfügbaren feingliedrigten Daten des Sozialatlas mit den Schulstatistiken.

3. Regelmäßige, problembezogene Schulentwicklungsplanung, die die identifizierten Ungleichheiten in der Bildungsbeteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei der qualitativen Strukturierung des Angebots in den Stadtteilen und der Vergabe von (Förder-)Ressourcen berücksichtigt und gezielt adressiert.

4. Stadtteilbezogene Verzahnung der problem- und integrationsbezogenen Schulentwicklungsplanung mit der Kinder- und Jugendhilfeplanung.

5. Vereinbarung integrationsbezogener Zielvereinbarungen mit den einzelnen, mit stärke-

rer Autonomie ausgestatteten Schulen, um die Ungleichheit zwischen Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen abzubauen.

Insgesamt wäre eine regelmäßige Bildungsberichterstattung einzurichten, die den Integrationsauftrag der Schule im Stadtteil fokussiert und die Schulentwicklungsplanung transparenter und zielorientierter gestaltet sowie die schulischen Entscheidungs- und Begründungsroutinen beobachtet und überprüft.

Literatur:

Radtke, Frank-Olaf/Hullen, Maren: Entwicklung und Implementation eines Konzepts: Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement. Unveröffentl. Ms. Johann Wolfgang Goethe-Universität. Frankfurt am Main 2003

Radtke, Frank-Olaf/Rathgeb, Kerstin/Hullen, Maren: Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement. In: Servicestelle HEGISS: Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen – Zwischenbilanz. HEGISS Materialien. Begleitforschung 2. Frankfurt am Main 2003

Radtke, Frank-Olaf/Rathgeb, Kerstin/Hullen, Maren: Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement. Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS). Unveröffentl. Ms. Johann Wolfgang Goethe-Universität. Frankfurt am Main 2004